

Kilian Kindelberger/Annerose Poleschner

Arbeitsmarktpolitische Gemeinschaftsinitiativen: Das EQUAL- Projekt *INCLUSION*

Ein Instrument zur Umsetzung europäischer Arbeitsmarktpolitik sind die entsprechenden Gemeinschaftsinitiativen der Europäischen Kommission. Im Rahmen dieser Initiativen werden in allen EU-Staaten Projekte zu EU-weit einheitlichen inhaltlichen Vorgaben aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Zu den wichtigsten Initiativen im Bereich des Arbeitsmarktes gehörten in den 1990er Jahren *ADAPT* und *EMPLOYMENT* (Beschäftigung). Die Gemeinschaftsinitiative *ADAPT* (1995–2000) zielte auf die Unterstützung von Unternehmen und ihren Beschäftigten bei der Bewältigung des Strukturwandels, die Weiterentwicklung der beruflichen Weiterbildung und ihre Anpassung an die Herausforderungen der strukturellen Veränderungen. Gleichzeitig wurden arbeitsmarktpolitische Hilfen für die bislang vernachlässigte Gruppe von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen entwickelt und erprobt. Allein in Deutschland wurden dabei in zwei Förderphasen 678 Projekte gefördert.¹ Die Gemeinschaftsinitiative *EMPLOYMENT* (1994–1999) zielte darauf ab, die berufliche Integration von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen zu fördern und ihre Eingliederungschance durch innovative Projekte systematisch zu verbessern. In vier Aktionsbereichen wurden bundesweit 645 Projekte gefördert: *NOW* (*New Opportunities for Women*) unterstützte frauenspezifische Förderansätze, *HORIZON* die berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderung. *YOUTHSTART* diente der Integration von Jugendlichen in das Erwerbsleben und *INTEGRA* (erst

* Dipl.-Journ. Kilian Kindelberger, geb. 1969, Hauptgeschäftsführer der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V., E-Mail: kindelberger@bbag-ev.de.

** Dipl.-Ing. Annerose Poleschner, geb. 1950, Projektleiterin des EQUAL-Projektes *INCLUSION* der BBAG e.V., E-Mail: annepoleschner@netzwerk-inclusion.de.

¹ Vgl. dazu Werner Friedrich, Helmut Hägele, Peter Mathei: Evaluierung der Gemeinschaftsinitiative *ADAPT* in Deutschland. Endbericht, Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Köln 2001; Download unter: http://www.isg-institut.de/download/ADAPT_Endbericht.pdf (Februar 2005).

1997 in die Initiative eingeführt) der Integration sozial benachteiligter Personen, insbesondere von MigrantInnen.²

Aufbauend auf den Erfahrungen der voraus gegangenen Initiativen *ADAPT* und *EMPLOYMENT* wurde 2001 die Gemeinschaftsinitiative *EQUAL* ins Leben gerufen, die sich für die berufliche Integration am Arbeitsmarkt benachteiligter Personengruppen einsetzt, die Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützt und die Bedingungen für lebensbegleitendes Lernen verbessert.³ Mit *EQUAL* werden innovative Modelle gefördert, die geeignet sind, bestehende Ungleichheiten und Diskriminierung am Arbeitsmarkt zu beseitigen. In dieser Initiative erfolgreich umgesetzte Innovationen sollen in die arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumentarien der Mitgliedsstaaten transferiert werden und zur Verwirklichung der Ziele und zur Weiterentwicklung sowohl der nationalen Arbeitsmarktpolitiken als auch der Europäischen Beschäftigungsstrategie beitragen. Als transnationales Programm fördert *EQUAL* auch den Austausch, das gegenseitige Lernen und die Nutzung von Synergien der Programm- und Projektakteure auf europäischer Ebene. *EQUAL* legt besonderen Wert auf die Querschnittsthemen *Gender Mainstreaming* und Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und unterstützt Offenheit für Menschen mit Behinderungen, *Empowerment* von Zielgruppen und den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien.

Im Gegensatz zu den vorherigen Initiativen erfolgt in *EQUAL* die Umsetzung durch Netzwerke, die so genannten Entwicklungspartnerschaften, in denen sich verschiedene Einzelakteure einer Region oder eines Sektors zusammen schließen. Unter Einbeziehung aller Projektträger, TeilnehmerInnen sowie der Partner, die auf der politisch-strategischen Ebene mitwirken, verfolgen die Entwicklungspartnerschaften einen integrierten Handlungsansatz, der Lösungswege für Probleme am Arbeitsmarkt aus verschiedenen Blickwinkeln beinhaltet. *EQUAL* fördert die europäische Zusammenarbeit, indem sie transnationale Partnerschaften von *EQUAL*-Projekten verschiedener EU-Staaten zwingend vorsieht, in deren Rahmen nicht nur ein gegenseitiger Austausch stattfindet, sondern auch gemeinsam Arbeitspakete zu projektrelevanten Themen zu bearbeiten sind.

Für die Programmlaufzeit von 2000 bis 2006 stehen von den EU-weit insgesamt 3,274 Mrd. Euro Fördermitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Umsetzung von *EQUAL* in Deutschland 523,6 Mio. Euro zur Verfügung. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit ist als Nationale Koordinierungsstelle und Programmverwaltungsbehörde für die inhaltliche und finan-

² Vgl. dazu Abschlussbericht zum Operationellen Programm in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative BESCHÄFTIGUNG im Förderzeitraum 1994–1999, BWA, Bonn 2003.

³ Ausführliche Informationen und Programmdokumente siehe *EQUAL*-Seite der Europäischen Kommission: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equal/index_de.cfm; deutsche *EQUAL*-Seite: www.equal.de.

zielle Umsetzung des Förderprogramms verantwortlich. Die Realisierung von *EQUAL* erfolgt in zwei Förderphasen, deren erste in Deutschland am 1. Januar 2002 startete. In dieser ersten Förderrunde bis 2005 waren 109 Entwicklungspartnerschaften tätig, in denen etwa 1.100 Teilprojekte innovative Handlungsansätze erprobten. Anknüpfend daran startete die zweite Förderrunde am 1. Januar 2005 mit 130 Entwicklungspartnerschaften. Der ESF-Interventionssatz (Anteil der ESF-Förderung an den Gesamtkosten) variiert je nach Fördergebiet. Er beträgt in der zweiten Förderrunde in den neuen Bundesländern und Ostberlin⁴ (sog. Ziel 1-Gebiet) 64 Prozent sowie in Westdeutschland und Westberlin (sog. Nicht Ziel 1-Gebiet) 44 Prozent.

Was für Projekte sind das nun, die im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen realisiert werden? Was bewirken sie und zu welchen Ergebnissen führen sie? Im Folgenden werden einige dieser Aspekte am Beispiel der Entwicklungspartnerschaft „*INCLUSION* – Integrationsnetzwerk zur sozialen und beruflichen Integration von MigrantInnen im Land Brandenburg“ erörtert. Das von der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V.⁵ initiierte und koordinierte Projekt *INCLUSION*⁶ ist eine der wenigen bundesdeutschen Entwicklungspartnerschaften, die sowohl in der ersten als auch in der zweiten Förderphase von *EQUAL* eine Förderung erhält. Ziel von *INCLUSION* ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine nachhaltige soziale und berufliche Integration von MigrantInnen im Land Brandenburg zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Für die Umsetzung dieses Vorhabens steht *INCLUSION* von 2002 bis 2007 ein Mittelvolumen von rund 8,4 Mio. Euro zur Verfügung. Davon wurden fast 5,4 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds bewilligt, dazu sind knapp 3,0 Mio. Euro aus nationalen und kommunalen Mitteln (vorrangig Mittel der Agentur für Arbeit, der kommunalen Sozialämter und der neuen Arbeitsgemeinschaften beider) gegen zu finanzieren.

Das Integrations-Netzwerk *INCLUSION* stellt sich die Aufgabe, in ausgewählten Regionen⁷ des Landes Brandenburg Strukturen zu entwickeln bzw. bestehende einzubeziehen, die auf die Vernetzung aller mit Aufnahme, Betreuung und Integration von bleibeberechtigten Zuwanderern in den entsprechenden Landkreisen, Städten und Kommunen des Landes Brandenburg befassten Verwaltungen, Institutionen und Beratungsdiensten gerichtet sind. Das Netzwerk

⁴ Zum 1. Januar 2006 wird Berlin vollständig dem Nicht Ziel 1-Gebiet zugeordnet.

⁵ Nähere Informationen zur BBAG e.V. siehe www.bb-ag-ev.de.

⁶ Weitere Informationen zum Projekt siehe unter www.netzwerk-inclusion.de.

⁷ Das Projekt wurde in der ersten Förderphase in Potsdam, Brandenburg an der Havel, Rathenow/Kreis Havelland und Oranienburg/Kreis Oberhavel durchgeführt. In der zweiten Phase umfasst das Projekt die Standorte Potsdam, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder).

setzt an der bestehenden Problematik der Migration im Land Brandenburg⁸ an, die durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet ist. Zum einen ist die Anzahl der Zugewanderten im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung sehr gering (2002: 2,6 Prozent), zum anderen gibt es keine echte Zuwanderung, sondern im Wesentlichen nur Zuweisung. Der überwiegende Teil der Neuzuwanderer sind seit Beginn der 1990er Jahre Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Sie werden an ihre Wohnorte nach einem auf Bundes- wie Landesebene jeweils festgelegten Schlüssel zugewiesen. Ein großer Teil verlässt in den ersten Jahren nach der Zuwanderung Brandenburg wieder und zieht in die alten Bundesländer oder nach Berlin. So leben von den ca. 6.900 jüdischen Zuwanderern, die seit 1991 nach Brandenburg kamen, schätzungsweise nur noch 2.300 im Land. Grund für den Wegzug sind die schwierigen Integrationsbedingungen, insbesondere ihre geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch geringe Möglichkeiten ihrer Selbstverwirklichung in vielen Lebensbereichen. Entsprechend der beschriebenen Zuwanderungsstruktur des Landes Brandenburg richtet sich das Projekt vor allem an jüdische MigrantInnen (Kontingentflüchtlinge) und die Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen, aber auch an ehemalige Vertragsarbeiter der DDR (vor allem Vietnamesen) sowie Asylberechtigte. Lösungsprinzip für nachhaltige Eingliederung und damit Handlungsansatz ist der Bedingungs-zusammenhang von beruflicher Eingliederung und sozialer Integration von MigrantInnen. Beide Prozesse bedingen einander in hohem Maße und sind deshalb gleichberechtigt zu entwickeln.

Im Mittelpunkt von *INCLUSION* stand in der ersten Förderphase die Durchführung von beruflichen Integrationsmaßnahmen für insgesamt 100 MigrantInnen. Dabei ging es vor allem darum, dass MigrantInnen ihre eigenen Stärken und Fähigkeiten – in der Regel vor allem ihre sprachlichen Fähigkeiten (Muttersprache) und ihre Kenntnisse über ihr Heimatland bzw. von dort stammende Menschen – in bestimmte Berufsfelder einbringen können und damit bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Nach einer dreimonatigen Orientierungsmaßnahme, in der ein individueller Bildungsplan entwickelt wurde, folgte eine Qualifizierung in den Bereichen Außenhandel/-wirtschaft (als Lotsen für brandenburgische Unternehmen in den Heimatländern der MigrantInnen), sozialpflegerische Dienste (zur Betreuung hilfe- oder pflegebedürftiger ZuwanderInnen), *E-Commerce* oder eine allgemeine Qualifizierung zur Berufsintegration.

⁸ Zur Zuwanderungsproblematik im Land Brandenburg siehe: Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg vom 7. Mai 2002 unter http://www.brandenburg.de/cms/detail.php?id=35956&_siteid=7 oder das Memorandum „Zuwanderung und Integration in den Neuen Bundesländern“, Magdeburg, 2003, z.B. unter http://www.sachsen-anhalt.de/rcs/LSA/210627/memorandum_neu.pdf (Februar 2005).

Zur Unterstützung der Teilnehmer wurde im Rahmen von *Diversity Management*⁹ ein „*Mentoring System*“ aufgebaut, das die Teilnehmer bei der Suche nach Praktikaplätzen sowie bei der Arbeitsplatzsuche in vielfältiger Art und Weise unterstützt. Berufszielfindung, Berufswegeplanung und betriebliche Erprobung werden in der Projektarbeit zur Realisierung des übergreifenden Zieles – der Verbesserung der Rahmenbedingungen der Integration – als Einheit gestaltet.

Die Projekte waren strukturiert in 50 Prozent Qualifizierung und 50 Prozent praktische Arbeit. Diese Proportion hat sich als Mittel arbeitsmarktlicher Integration für die Zielgruppe der MigrantInnen bewährt. Die theoretische Qualifizierung durch die Teilprojekträger und die praktische Arbeit und Beschäftigung in kompetenten Fachfirmen erfolgten in alternierenden Zyklen. Parallel dazu erfolgten jeweils intensive sozialpädagogische Betreuung und Konfliktmanagement. Nach bisherigen Erfahrungen im Projektverlauf kann unter den Bedingungen einer hohen Arbeitslosigkeit eine berufliche Integration nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, die berufliche Qualifikation und Kompetenz der TeilnehmerInnen mit den Anforderungen des potenziellen Arbeitgebers passgenau in Übereinstimmung zu bringen. Dabei hat ein fachsprachlicher Deutschunterricht mit Modulen zur Vertiefung allgemeinsprachlicher und grammatikalischer Kenntnisse eine unbedingte Schlüsselstellung beim Gelingen von beruflicher und sozialer Integration. Dies zeigte auch die Evaluation der Projekte, die vom Institut für Fortbildung, Forschung und Entwicklung an der Fachhochschule Potsdam durchgeführt wird. Durchweg alle TeilnehmerInnen betonten bei den durchgeführten Befragungen nachdrücklich die große Bedeutung, die sie den Qualifizierungsmaßnahmen beimessen und insbesondere die Bedeutung des Deutschunterrichts. Er wird durchgängig als wichtigster Basis-Studienbereich angesehen, die Teilnehmer wünschten sich hier noch mehr Möglichkeiten, Anregungen und verstärkte Angebote.

Für die Unterstützung der sozialen Integration der TeilnehmerInnen des Projektes sowie für die Arbeit mit den verschiedenen MigrantInnen-*Communities* waren in der ersten Förderphase zwei Vietnamesinnen, eine jüdische Zuwanderin, ein Spätaussiedler und ein Afrikaner tätig. In ihrer Arbeit ging es vor allem um Hilfe zur Selbsthilfe und *Empowerment*. MigrantInnen wurden angeregt und befähigt, für sich selbst aktiv zu werden und zunehmend eigenständig ihre Probleme des Alltags zu lösen. Neben der individuellen Betreuung und Beratung gehörte dazu auch der Aufbau von Selbsthilfegruppen. Als Beispiel mag die gebildete vietna-

⁹ *Diversity Management* ist ein Konzept von Führung, das die Heterogenität der MitarbeiterInnen bezüglich Geschlecht, Ethnie, Religion, Alter usw. zum Vorteil aller Beteiligten nutzen möchte. *Diversity Management* toleriert nicht nur die individuelle Verschiedenheit der MitarbeiterInnen, sondern hebt diese im Sinne einer positiven Wertschätzung hervor.

mesische Frauengruppe dienen. Die Gruppe traf sich regelmäßig an Sonntagen, eine Lehrerin unterrichtete Deutsch, anschließend wurde gemeinsam gekocht. Dadurch konnte die Beraterin – selbst Vietnamesin – die Probleme der Frauen erfahren, ihnen bei der Bewältigung helfen, aber auch andere ermutigen, sich selbst für ihre Landsleute einzusetzen. Weitere Tätigkeiten des Projektes waren der Aufbau und die Festigung von Vereinsstrukturen von MigrantInnen selbstorganisationen sowie die Mitarbeit in Netzwerken und Interessenvertretungen. Als Anerkennung der Arbeit der MigrantInnenberater kann die Tatsache gelten, dass zwei von ihnen 2003 in den Ausländerbeirat der Stadt Potsdam gewählt wurden und eine Beraterin als Mitglied des Landesintegrationsbeirates berufen wurde.

Im Rahmen des transnationalen Projektes *LIVING ONE FUTURE TOGETHER* (LOFT) arbeitete die Entwicklungspartnerschaft mit dem Projekt „*Filoxenia*“ unter Federführung der Regierung der Balearen (Spanien) und dem Projekt „*Create*“ des *Centre for Employment and Enterprise Development (CEED) Charity Ltd.* aus Bristol (Großbritannien) zusammen. In der transnationalen Partnerschaft wurden gemeinsam mehrere thematische Arbeitsaufgaben im Bereich der beruflichen und sozialen Integration von MigrantInnen bearbeitet, Modelle verglichen und Lösungswege gesucht. Als Ergebnisse entstanden Arbeitsmaterialien zu verschiedenen Themen, ein gemeinsamer Film über die drei Projekte und eine Reihe von Ansätzen für eine zukünftige Zusammenarbeit der Partner auf verschiedenen Gebieten.

Die Realisierung des Projektes verlief nicht problemlos. Wichtigste Voraussetzung für einen reibungslosen Ablauf sowie die Erzielung bestmöglicher Projektergebnisse wäre die fortlaufende Zusammenarbeit aller Arbeitsmarktakteure gewesen. Gerade Arbeits- und Sozialämter waren zwar anfangs als beratende und unterstützende Partner integriert, zogen sich aber im Zuge der verschiedenen Arbeitsmarktreflexionen verunsichert aus dem Projekt zurück, statt gemeinsam an der Realisierung der Zielstellungen unter den veränderten Bedingungen zu arbeiten. Oft entstand der Eindruck, dass man hier das Projekt nicht als Chance erkannte, die Integration von Zuwanderern zu unterstützen, sondern als zusätzliche Arbeitsbelastung. Besonders deutlich wird diese Problematik am von der BAG Servicepool AG durchgeführten Teilprojekt zur Weiterbildung von arbeitslosen MigrantInnen zu Assistenten für internationale Unternehmenskooperation. Im Rahmen von zwei dreimonatigen Trainingsmaßnahmen wurden im Vorfeld aus 40 TeilnehmerInnen, die von der Bundesagentur für Arbeit zugewiesen worden waren, 20 geeignete Kandidaten ausgewählt. Allerdings zog das Arbeitsamt Potsdam anschließend seine ursprüngliche Kofinanzierungszusage für das eigentliche Qualifizierungsprojekt ohne Begründung zurück. Als einzige Alternative verblieb die Durchführung des Projektes mit Unterstützung und Kofinanzierung des Sozialamtes Potsdam. Dies hatte jedoch zur Folge, dass durch

das Sozialamt eine Auswahl der Kandidaten unter Kostengesichtspunkten (eingesparte Sozialhilfe) vorgenommen wurde, weniger unter dem Gesichtspunkt der besten Eignung. Aus diesem Grunde bekam nur eine Minderheit der in den Trainingsmaßnahmen ausgewählten Kandidaten eine Chance, an dem Projekt teilzunehmen. So blieb das Ergebnis des Projekts auch hinter den Erwartungen und Möglichkeiten zurück.

Nicht unerwähnt bleiben darf auch, dass einerseits die von der EU vorgegebenen Finanzbestimmungen für *EQUAL* wie andererseits auch der diskontinuierliche Fluss abgeforderter und für die Finanzierung der laufenden Projekte unabdingbarer finanzieller Mittel seitens der nationalen Koordinierungsstelle beim BMWA ein erhebliches Problem für die Projektrealisierung darstellt. Die Beteiligten des Projektes wurden und werden wiederholt zu umfangreichen eigenen Vorfinanzierungen gezwungen. In der ersten Förderphase sind zehn Prozent der ESF-Fördersumme (in diesem Fall immerhin ca. 320.000 Euro) bis zur Prüfung des Gesamtverwendungsnachweises des Projektes für einen nicht überschaubaren Zeitraum (Verwendungsnachweisprüfungen öffentlicher Förderungen können Monate, in manchen Fällen auch Jahre dauern) durch die Partnerschaft vorzufinanzieren. Das in der zweiten Phase angewandte Erstattungsprinzip bedeutet eine generelle Vorfinanzierung der jeweiligen Kosten für ca. fünf Monate. Diese Verfahren zwingen mehrere Beteiligte zur Aufnahme von Krediten, deren Kosten im Projekt aber nicht oder nur teilweise abgerechnet werden können. Neben den daraus entstehenden finanziellen Belastungen erschweren solche Vorgänge auch die Zusammenarbeit innerhalb des Projektes, weil die fehlenden Mittel immer wieder auch zu Unzufriedenheit in der Partnerschaft führen.

Kurz vor Abschluss der ersten Förderphase lässt sich feststellen, dass mit dem Projekt eine Reihe von wichtigen Ergebnissen erzielt wurde. In erster Linie sind dies natürlich die verbesserten Chancen der MigrantInnen bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Noch stehen die bei derartigen Projekten üblichen Verbleibsanalysen aus, die konkretes Zahlenmaterial liefern werden. Aus den vielfältigen Kontakten ist aber bekannt, dass viele ehemalige Teilnehmer heute in Arbeit sind. Wichtiger begünstigender Faktor dabei ist vor allem die lange Praktikumszeit, in der Unternehmen oder Einrichtungen die Migranten, ihre fachlichen Qualitäten und ihr Engagement kennen und oft schätzen lernen und dabei oft auch Vorurteile gegen die Einstellung von Migranten abbauen. Als Beispiel sei ein russischer Ingenieur aus dem Bereich der Optik genannt. Im Praktikum bei einer optischen Firma in Rathenow eingesetzt, um deren Aktivitäten auf dem russischen Markt zu unterstützen, wechselte er, nachdem seine Fähigkeiten erkannt wurden, in die Entwicklungsabteilung und bekam nach Projektende einen Arbeitsplatz angeboten. Doch nicht alle Konzepte gingen auf. Mehreren TeilnehmerInnen des Projektes „sozialpflegerischer Dienst“ war von den Praktikums-einrichtungen eine Anstellung im Anschluss an das Projekt avisiert worden. Als

das Projekt dann im Oktober 2004 endete, war angesichts der anrollenden „*Ein-Euro-Jobber*“ davon keine Rede mehr.

Unabhängig vom kurzfristigen Erfolg bei der Arbeitssuche war die Projektteilnahme für keinen von Nachteil. In jedem Falle bleiben den TeilnehmerInnen neben ihren erworbenen fachlichen Kenntnissen, gewonnenen sozialen Kontakten und integrationsfördernden Erfahrungen mit der deutschen Gesellschaft auch der verbesserte soziale Status durch die Teilnahme an den Projekten, in denen sie eine einjährige Anstellung erhielten. Eine besonders nachhaltige Wirkung versprechen sich die Beteiligten durch die aufgebauten bzw. beförderten Strukturen im Bereich der Migrantenselbstorganisation bzw. der Interessenvertretung. So sind aus dem Projekt drei Selbsthilfegruppen entstanden, von denen sich zwei bereits als eigenständige Vereine konstituiert haben. Gleichzeitig unterstützte *INCLUSION* die Gründung von Ausländerbeiräten in der Stadt Brandenburg und in Rathenow/Kreis Havelland. Auch die Vielzahl von erarbeiteten Materialien, darunter ein Handbuch für MigrantenberaterInnen, wirken über den Projektzeitraum hinaus. Die Ausweitung des Migrationsberateransatzes und auch die Initiierung eines ersten landesweiten „Brandenburger MigrantInnentreffens“¹⁰ unter Mitarbeit und Schirmherrschaft der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg zeigt, dass hier nachhaltige Strukturen entstanden sind, die auch über die Projektlaufzeit hinaus tragfähig und wirksam sein werden.

Die zweite Förderphase findet insbesondere durch das Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes und der Hartz IV-Reform unter völlig veränderten Bedingungen für den Integrationsprozess statt. Dementsprechend hat sich auch *INCLUSION* mit neuen kompetenten Partnern, Vertretern von Land und Kommunen, Weiterbildungsträgern, Netzwerken und Interessenvertretungen von Migranten sowie Unternehmerverbänden neu aufgestellt. Insbesondere setzt das Projekt auf eine stärkere Vernetzung der Beteiligten untereinander. Zusammen mit der örtlichen Arbeitsgemeinschaft aus Sozialamt und Arbeitsagentur und den wichtigsten an der Integration von Zuwanderern beteiligten freien Trägern soll eine gemeinsame Struktur zur Berufsintegration von MigrantInnen entwickelt und erprobt werden, die durch zielgerichtete Weiterbildungsangebote (insbesondere auch zur Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beruf), soziale Betreuung und *Empowerment* von MigrantInnen sowie Vernetzung und Stärkung von Selbsthilfeorganisationen von MigrantInnen ergänzt werden. Entsprechend den veränderten Projektleitlinien konnten zusätzlich Teilprojekte zur Unterstützung von AsylbewerberInnen und von Opfern des Menschenhandels in das Pro-

¹⁰ Seit 2003 fanden inzwischen vier MigrantInnentreffen statt, die von der BBAG und der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg zusammen mit den Ausländerbeiräten des Landes und dem Netzwerkprojekt FAZIT organisiert werden.

jekt integriert werden, wodurch sich die Zielgruppen auf diese, bisher aufgrund fehlender Förderfähigkeit nicht in derartige Projekte einbeziehbaren, MigrantInnen erweitern.

EU-Gemeinschaftsinitiativen – Sinn oder Unsinn? Aus der zugegebenermaßen beschränkten und nicht unparteiischen Sicht eines Projektträgers plädieren wir in jedem Falle für Ersteres. Die Integration von MigrantInnen ist kein Selbstläufer. Angesichts ständiger Mittelkürzungen in allen Bereichen – selbst die viel gelobten Integrationskurse nach dem neuen Zuwanderungsgesetz bedeuten letztlich einen Rückschritt, da die Teilnehmer statt bisher rund 1.000 nur noch 630 Stunden Deutsch-Unterricht erhalten – fehlt es an der nötigen Integrationsförderung; vielfach sind bisherige Unterstützungsstrukturen aufgrund ausbleibender Finanzierung vom Zusammenbruch bedroht. Allein mit ehrenamtlicher Tätigkeit der vielen Engagierten können aber die vielfältigen Herausforderungen nicht bewältigt werden. Mag sein, dass durch solche Projekte auch Land, Kreise und Kommunen teilweise davor bewahrt werden, stärker selbst in die Verantwortung genommen zu werden. Für die MigrantInnen selbst aber – und um die geht es ja – sind derartige Projekte unverzichtbar und alternativlos. Der Ansatz der zweiten Phase von *INCLUSION*, Land, Kreise und Kommunen stärker einzubeziehen, vor allem mit konkreten Aufgaben- und Verantwortungsbereichen, wird daher durch die Bündelung der Kräfte und verstärkte Synergieeffekte hoffentlich nachhaltige Strukturen zur Integration von MigrantInnen im Land Brandenburg schaffen.

Insider

lesen

WeltTrends

www.welttrends.de